

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanstalt: Nachrichten Dresden
Vertriebsstelle: Sammelnummer: 25 241
Für die Nachdrucke: 20011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Juni 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mk.
Vollzugspreis für Monat Juni 3 Mark ohne Postgebühren.
Einzelsnummer 10 Pfennig
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pf., für anderthalb 40 Pf., Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 20 Pf., die 90 mm breite Reklamzeile 300 Pf., außerhalb 200 Pf., Offertengebühr 30 Pf., Num. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/42
Druck u. Verlag von **Versch & Reichardt** in Dresden
Postfach-Rente 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Der deutsche Osten ist wehrlos gemacht.

General v. Pawelsz wird der Reichsregierung Bericht erstatten und Photographien vorlegen. England hält die Zahl der ausgewiesenen Russen geheim. — Lindbergh wurde auf seinem Rückflug nach Paris zur Notlandung gezwungen.

Wie soll die Entente Kenntnis erhalten?

Berlin, 2. Juni. Ueber die Durchführung der von der Entente geforderten Zerstörungen an den Ostfestungen hat General v. Pawelsz jetzt einen Bericht fertiggestellt, der demnächst die Reichsregierung beschäftigen wird. Insgesamt wurden 34 Unterstände vernichtet, davon 22 in Königsberg, 7 in Glogau und 5 in Küstrin. Von den zerstörten 22 Unterständen in Königsberg sind 5 von der Versailleser Militärkommission genau bezeichnet worden, die übrigen 17 konnte die deutsche Abrüstungskommission nach eigenem Gutdünken bestimmen. In Glogau und Küstrin mußten die Unterstände rechts der Oder auf ausdrückliches Verlangen der Vorkonferenz niedergelegt werden. Dem Bericht des Generals Pawelsz sind photographische Aufnahmen beigelegt, die zeigen, daß den Wünschen der Entente entsprochen worden ist. Offen ist noch die Frage, in welcher Form der Vorkonferenz von der vollzogenen Zerströrung Kenntnis gegeben werden soll. Die Entente will sich mit Photographien und Feststellungen irgendwelcher Mittelsmänner nicht zufriedengeben. Deutscherseits aber kann ein Wiederanleben der Militärkontrolle nicht zugelassen werden.

Die französische Vintspresse droht mit Polen.

Paris, 3. Juni. Der Quai d'Orsay bezieht auf einer Besichtigung der dort geführten Zerstörungen der deutschen Ostfestungen. Die Vintspresse redet Deutschland zu einer schnelleren Schlichtung zu. Sollte Deutschland eine letzte Inspektion wirklich als Verteidigung empfinden? Wozu haben wir denn die Sachverständigen in Berlin? Warum hat denn Deutschland ihrer Verhaftung zugestimmt? Das ist doch auch keineswegs eine Fortsetzung der aufgehobenen Militärkontrolle. Sie bezog sich auf den deutschen Rüstungsstand überhaupt und war souverän und periodisch. Hier handelt es sich um eine einmalige und letzte Zustimmung Deutschlands, daß eine vereinbarte Festungsabrüstung auch sinngemäß überprüft werden muß. Deutschland dürfe auch nicht übersehen, daß seine Verweigerung unangenehme Folgen haben könnte. Wenn Polen zu der Ansicht komme, daß sich hinter diesem formalen Streit Unheilbrücken verbergen und wenn es dann vor dem Völkerbund Klage erhebe, und so eine Enquete gegen Deutschland herausbeschwöre, dann erhalte die deutsche Eigenliebe einen viel schmerzlicheren Schlag als durch eine letzte direkte, korrekte und diskrete Inspektion.

Keine Besprechung der Räumungsfrage in Genf.

Berlin, 3. Juni. Entgegen französischen Gerüchten, wonach Reichsaußenminister Dr. Stresemann in Genf die Räumungsfrage anzuschneiden gedenkt, wird hier erklärt, daß eine

solche Absicht nicht besteht, daß die deutsche Reichsregierung vielmehr nach wie vor den Zeitpunkt wahrnehmen wird, an dem sie mit Aussicht auf Erfolg auf die Räumungsfrage zurückkommen kann. Gleichzeitig wird hier der Behauptung widersprochen, daß Deutschland einer Kontrolle der Zerströrung der Ostfestungen zugestimmt habe. Deutscherseits ist ein Kompromißvorschlag gemacht worden, auf den die Antwort noch aussteht.

Der neue Präsident der Saarregierung.

Saarbrücken, 3. Juni. Der Nachfolger des Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes, Stephens, der bekanntlich aus Gesundheitsrücksichten beim Völkerbundsrat seine Demission eingereicht hat, soll der Engländer Sir Ernest Wilson sein. Wilson wird als kluger Mann von lauterem Charakter bezeichnet. Der deutschen Sprache soll er durchaus mächtig sein.

Die Seeresdebatte in der Pariser Kammer.

Paris, 2. Juni. Die Kammer setzte heute nachmittags die Generaldiskussion über das Cadres-Gesetz fort. Der radikale Abgeordnete Dissolat forderte, daß aus dem Gesetzesentwurf alles entfernt werde, wodurch die Einführung der einjährigen Dienstzeit hinausgeschoben werden könnte. Die vorgesehene Frist von 18 Monaten für die Uebergangszeit bezeichnete der Redner als übertrieben. Nach ihm ergriff der Berichterstatter des Heeresauschusses, Abgeordneter Senac, das Wort. Er führte u. a. aus, daß bei einer richtigen Ausnutzung der Reserven Frankreichs Sicherheit in der Zukunft gewährleistet ist. Die Herabsetzung der Dienstzeit auf ein Jahr ist für die bewaffnete Nation vorteilhaft. Diejenigen, die sich ihr bisher widersetzt haben unter dem Vorwand, daß sie ein Hindernis auf dem Militärischen bedeute, sind im Irrtum. Der Ausschuss will erzielen, daß zu keinem Zeitpunkt die Effektivestärke der unter den Fahnen befindlichen Rekruten unter 200 000 Mann heruntergeht. Senac gab weiter seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die vier gegenwärtig im Rheinland stehenden Divisionen im Grenzgebiet als Deckungsdivisionen beibehalten werden.

Der französische Zolltarif dringlich.

Paris, 3. Juni. Die Kommission für Handel und Industrie und die Zollkommission der französischen Kammer sprachen sich nach einem Bericht des Handelsministers Bokanowicz, in dem dieser die Dringlichkeit der Annahme des neuen französischen Zolltarifes betonte, für dessen Annahme in der vorgeschlagenen Form aus. Die Kommissionen betonten aber, daß eine Senkung der Zollsätze nur bei gleichwertigen Zugeständnissen der anderen Länder erfolgen dürfe. (Z.-U.)

Sonnabend Entscheidung über den Posttarif.

Der Arbeitsausschuss des Postverwaltungsrates ist mahgebend. Berlin, 2. Juni. Reichspostminister Dr. Schädel erklärte heute einem Pressevertreter über den gegenwärtigen Stand der Frage der Portoverhöhung: Der Arbeitsausschuss, der vom Verwaltungsrat der Reichspost mit der Bearbeitung der Frage der Tarifierhöhung beauftragt worden ist, hat sich in der vorletzten Woche in drei Sitzungen mit dieser Angelegenheit eingehend beschäftigt. Es ist zu hoffen, daß man bis zum Sonnabend zu einer Entscheidung über die Portoverhöhung kommt. Von verschiedenen Wirtschaftskreisen ist leinerzeit bemängelt worden, daß von der Postverwaltung die Frage der Tarifierhöhung in Angriff genommen worden ist, ohne daß man diese Wirtschaftskreise vorher gehört hätte. Inzwischen haben sich die Spitzenverbände der Wirtschaft eingehend mit dem Problem beschäftigt und die Reichspostverwaltung hat Gelegenheit genommen, die Ansicht der Wirtschaft zur Frage der Portoverhöhung kennen zu lernen. Es liegt selbstverständlich der Reichspost vollkommen fern, irgendeine Ueberraischung der Wirtschaft oder dergleichen vorzunehmen. Wir wollen in loyaler Führung der Wirtschaft die Lösung des Problems erreichen. Im Verwaltungsrat der Reichspost sitzen bekanntlich zahlreiche hervorragende Wirtschaftsführer. Diese Herren haben in den letzten Tagen ihre Auffassung von der Portoverhöhung eingehend dargestellt. Der Arbeitsausschuss ist gegenwärtig insbesondere mit der näheren Prüfung der Frage beschäftigt, in welchem Umfange ein Bedarf der Reichspost vorliegt, und welche sonstigen Deckungsmöglichkeiten für die Reichspost noch vorhanden sind. Ob die Tarifierhöhung kommen wird, und vornehmlich in welchem Umfange dies geschieht, hängt nicht von mir, sondern von dem Ergebnis und der Entscheidung des Arbeitsausschusses ab. Deshalb kann ich auch im Augenblick noch nichts Positives weiter über die Portoverhöhung sagen.

Die Not der höheren Beamten.

Die Hauptrede vom Bundesstag in Bayreuth. Auf dem Bundesstag des Reichsbundes der höheren Beamten, der dieser Tage in Bayreuth stattfand, und über dessen Hauptfragen wir bereits eine längere Darstellung veröffentlichten, hielt den Hauptvortrag Oberbündendirektor Dr. Bolle, Berlin, über „Die wirtschaftliche und kulturelle Lage der höheren Beamten“. Die Ausführungen, die er auf Grund eines umfangreichen Materials gab, wirkten auf die Versammlung geradezu erschütternd. Er betonte mit allem Ernst, daß nach all den Verdrüssungen der letzten Jahre die Beamtenchaft nunmehr Talen erwartet, sonst müsse das Vertrauen eine nicht wieder gutzumachende Erschütterung erfahren. Noch im Laufe dieses Sommers müsse die Besolbung reform kommen. Denn die Notlage sei unerträglich. Er zeigte dann, wie seit 1897 die Besoldungen der Beamten, besonders der höheren Beamten, dauernd hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung zurückgeblieben seien. Von 1897 bis 1913 seien die Arbeiterlöhne um 57 Prozent, die Gehälter der unteren Beamten um 25, der mittleren um 17, der höheren dagegen nur um 11 Prozent gestiegen. Diese Entwidlung sei unaufhaltsam weitergegangen. So habe sich aus einer Umfrage bei den höheren Beamten, die von rund 11 000 höheren Beamten beantwortet sei, ergeben, daß die Mehrzahl nicht nur nach Abzug der zwangsläufigen Abgaben, wie Miete, Heizung, Beleuchtung usw., nur eine ganz kleine Summe für den täglichen Unterhalt übrig behält, sondern daß die Verschuldung in immer härterem Tempo zunimmt. Die erkrankten 11 000 Beamten haben rund 2 Millionen Schulden machen müssen, obgleich an staatlichen Unterhaltungen, Notstandsbeihilfen usw. auf den Kopf noch 50 Mark entfallen. Abzahlungen für lebensnotwendige Dinge sind in der höheren Beamtenchaft zur Regel geworden. Eine Folge dieser wirtschaftlichen Notlage ist der erschreckende Rückgang der Geburtenzahl in den Familien der höheren Beamten. Das bedeutet einen Verlust an kulturellem Erbgut, der noch dadurch vergrößert wird, daß die Frau des höheren Beamten, erdrückt von den täglichen Sorgen, ohne die Möglichkeit, sich eine Hilfe zu halten, aufhört, die Bewalterin der Kulturgüter der Mittelschicht zu sein. Will man diese Kulturschicht nicht ganz zugrundegehen lassen, so muß ihnen nicht nur das physiologische Existenzminimum, sondern auch eine kulturelle Lebenshaltung gewährleistet werden, die mit dem Wesen des höheren Beamtenstandes immer verbunden war. Für die neue Besoldungsordnung, die unbedingt in diesem Sommer kommen muß, erhebt die höhere Beamtenchaft folgende Forderungen:

- 1. Die entsprechende Verzinsung des für die Vorbereitung angelegten Kapitals an Geld, Zeit und Arbeit.
 - 2. Die Möglichkeit zur Führung einer der erlangten Bildung und den Standesverhältnissen entsprechenden Lebensweise.
 - 3. Die Sicherheit auf eine mit den gewohnten Lebensverhältnissen im Einklang stehende Zukunft.
- Um die Einseitigkeit der höheren Beamtenchaft mit voller akademischer Bildung zu wahren, verlangt die höhere Beamtenchaft, daß sie einheitlich in einer Gruppe zusammengefaßt werde, und daß bei voller Verhält-

Warum England die Russen spikelt schon.

Verlegene Auskunft des Innenministers.

London, 3. Juni. Der Abg. Kennworthy fragte gestern im Unterhaus, warum die Regierung den Sowjetunion Anton Müller nicht verhaftet und angeklagt habe. Die Antwort des Innenministers rief einige Ueberraschung im Hause hervor. Er erwiderte, daß es nicht immer möglich sei, Spione zu verhaften und gegen sie zu einem beliebigen Datum vorzugehen. Er sei nicht vorberichtet, auf die Frage zu antworten, warum Spionen erlaubt werde, in England zu verbleiben. Manchmal sei es aber außerordentlich wichtig, daß Spione, die als solche erkannt seien, im Lande verbleiben, da man von ihnen Informationen über andere erhalten könne.

Auf eine weitere Frage, ob die Regierung beabsichtige, irgendwelche gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen, um irgendwelche politischen Organisationen, die direkt oder indirekt unter der Kontrolle einer auswärtigen Regierung ständen, illegal zu machen, erwiderte der Innenminister, daß eine solche Absicht der Regierung nicht bestehe, und daß er auch nicht glaube, daß irgendeine Notwendigkeit hierfür vorhanden sei. — Das Unterhaus vertagte sich für die Pfingstferien bis zum 13. Juni.

Auf englischer Seite ist keine Veröffentlichung der dem russischen Geschäftsträger Rosengolz gestellten überreichten Liste der Personen, die England verlassen müssen, und die in zwei Kategorien, Vorkonferenzmitglieder und Mitglieder der Handelsdelegation, geteilt wurden, geplant.

Die Anzahl der Personen, die in England verbleiben können, ist höher als bisher behauptet wurde.

Die „Daily Mail“ sieht in diesem Umstand bereits einen Anlaß zu heftiger Klage. Das Blatt meint, die Regierung behandle die gegenwärtige Situation mit Glaschhandschuhen. Die Zahl der Personen, die heute London verlassen, betrage 40 bis 50, und diejenigen, die London bereits verlassen haben, sei gleichfalls nicht sehr beträchtlich, woraus die „Daily Mail“ schließt, daß eine unerwartet hohe Zahl von Russen in England verbleiben dürfe.

Kommunistische Umtriebe gegen die deutsche Neutralität.

Berlin, 3. Juni. Nach den zuletzt vorliegenden Nachrichten sind für die Arcos bisher nicht über 30 Pässe angefordert worden. Die Russen reisen zum Teil nach Hamburg, zum Teil kommen sie nach Berlin. Der russische Außenkommissar Tschitscherin wird zwischen dem 8. und 10. Juni in Berlin erwartet. Seitens der kommunistischen Internationale wird es der Reichsregierung sehr erwünscht, ihre neutrale Stellung in dem englisch-russischen Konflikt durchzuführen. Die Internationale hat neuerdings einen Aufruf verbreitet, in dem erklärt wird, in den letzten Jahren sei es dem englischen Imperialismus gelungen, in Locarno, Livorno und Genf den Block der imperialistischen Staaten gegen die Sowjetunion zusammenzuschimmern. Er werde „zweifelslos im Namen des Völkerbundes vom Deutschland Hindenburgs auch die Genehmigung zum Durchmarsch der Truppen und zum Transport der Munition zum Kampfe gegen die Sowjetunion erwirken können“.

Die „Rote Fahne“ versucht, damit zugleich für die Veranstaltung der roten Pfingsten in Berlin Propaganda zu machen. Sie ergänzt die Ausführungen der Moskauer Zentralkomitee, die behauptet, „die deutsche Bürgerblockregierung löndere unter dem Vorwand der Neutralität über den Preis, den sie für die aktive Unterstützung der Kriegstreiber bekommen solle“. An anderer Stelle behauptet das Blatt, „die deutsche Bourgeoisie sei entschlossen, den Räubern den Weg nach der Sowjetunion zu öffnen“.

Schließung aller russischer Häfen für englische Schiffe.

Riga, 2. Juni. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist auf Verordnung des Kriegs- und Revolutionsrates der Hafen Baidiwokol für das Anlaufen englischer Schiffe geschlossen worden. Ähnlich wird die Schließung sämtlicher russischer Häfen für englische Schiffe behauptet.